

Zwischen „Royal Charter“ und „Public Value“

Praxisnahe Perspektiven aus Österreich und Großbritannien.

Abstract Die Debatten, Differenzierungen und Dimensionen öffentlich-rechtlicher Medieneinrichtungen sind nicht nur in Deutschland seit Jahren Teil einer intensiven Auseinandersetzung – im Privaten, in der (politischen) Öffentlichkeit und in der Medienbranche selbst. Diese Debatten sind emotional, konzentrieren sich vor allem auf Reformen, Sparpotenzial und Unabhängigkeit. Mit Blick auf die Entwicklungen bei BBC und ORF schildern Annette Dittert, ARD-Studieleiterin in London, und Klaus Unterberger, Leiter der Stabsstelle „Public Value“ beim ORF, ihre Einschätzungen und Perspektiven aus Großbritannien und Österreich.

Die Debatten, Differenzierungen und Dimensionen öffentlich-rechtlicher Medieneinrichtungen sind nicht nur in Deutschland seit Jahren Teil einer intensiven Auseinandersetzung – im Privaten, in der (politischen) Öffentlichkeit und in der Medienbranche selbst. Die European Broadcasting Union (EBU) verzeichnet als internationaler Zusammenschluss aktuell 56 europäische Staaten. Fast alle haben gemeinsam, dass intensive Debatten über die inhaltliche, organisatorische und ökonomische Ausrichtung dieser Einheiten geführt werden. Die EBU und die Anstalten auf Landesebene betonen Reformwillen, verweisen auf Studien, versprechen Sparpotenzial. Dennoch ist und bleibt die Diskussion höchst emotional und vielschichtig.

Communicatio Socialis hat daher zwei spannende Perspektiven aus dem Ausland eingeholt und die beiden Personen anhand von zwei zentralen Leitfragen um eine Einschätzung gebeten: Wie wird die aktuelle Stimmung und Entwicklung im Land eingeschätzt? Welche Perspektiven und Chancen gibt es für die nächsten Jahre?

Dieser Einladung ist Annette Dittert, ARD-Studioleiterin in London nachgekommen. Sie zeigt in ihrem Beitrag die enorme politische Sogwirkung, die im Kontext der BBC seit Jahren wirkt – und sich zuletzt vor allem entlang der politischen Ausrichtung und Schwerpunkte im Bereich Innenpolitik und Migration gezeigt hat. Die Expertin plädiert mit Blick auf die britische Rechtsgrundlage „Royal Charter“ für Reformen, die nicht nur gesellschaftliche Anerkennung bringen, sondern zunächst viel stärker die journalistische Unabhängigkeit gegenüber politischen Einflüssen sichert.

Mit Blick auf den ORF argumentiert Klaus Unterberger in Österreich ähnlich. Als Verantwortlicher der Stabsstelle Public Value sieht er nicht nur wachsende Konkurrenz innerhalb der Medienbranche selbst, sondern vor allem auch die Herausforderung trotz laufender Sparmaßnahmen inhaltliche Weiterentwicklung und gesellschaftliche Teilhabe für möglichst viele zu forcieren. Dabei geht es ihm um weit mehr als „nur“ ein gutes Programm: Die öffentlich-rechtlichen Medien

„könnten Teil einer Renaissance des Gemeinwohls werden, einer Vision einer Gesellschaft, die Krisen gemeinschaftlich bewältigen kann, die sozialen Ausgleich, eine gewaltfreie Konfliktaustragung und Verständigung unter demokratischen Rahmenbedingungen möglich macht.“